

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

30. Landesversammlung

27. September 2008 in Leipzig

Gegenstand:

Einführung eines Sozialtickets in Sachsen

TO-Punkt

Antragsteller:

LAG Verkehr

Bemerkungen:

Abstimmung:

Ja: _____ Nein: _____ Enth: _____

Zurückgezogen:

Redaktionelle Änderung:

A-5

- 1 Antrag:
- 2 Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern die Staatsregierung auf ab 2009 ein Sozialticket zur
- 3 Gewährleistung der Grundbedürfnisse an Mobilität zu gewährleisten. Das Ticket soll mindestens Fahrten
- 4 in der jeweiligen Tarifzone des Wohnortes umfassen. Nutzungsberechtigt sollen die Menschen sein, die
- 5 Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II), Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe (SGB XII) beziehen
- 6 bzw. deren Bedarfsgemeinschaften sowie Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungs-
- 7 gesetz erhalten. Der Preis des Sozialtickets soll 50% des jeweiligen Normalpreises einer Monatskarte
- 8 nicht überschreiten. Der Freistaat wird aufgefordert, mit den Kreisen und Verkehrsverbänden eine ge-
- 9 eignete Lösung zu verhandeln und dabei eine Bezuschussung anzubieten. Die öffentlichen Träger des
- 10 Nahverkehrs werden aufgefordert, sich angemessen an den Kosten zu beteiligen. Wir fordern unsere
- 11 Landtagsfraktion auf, die Finanzierung eines Sozialtickets in geeigneter Weise in die Haushaltsdebatte
- 12 des Landtags einzubringen.
- 13

Begründung:

- 15 „Wir wollen die Realität von Hartz IV durch eine bedarfsorientierte Grundsicherung überwinden, die
- 16 durch Zugang zum Arbeitsmarkt und zu öffentlichen Gütern, vor allem Bildung, sowie durch die Si-
- 17 cherung des soziokulturellen Existenzminimums zur Teilhabe befähigt.“ Ein Sozialticket in Sachsen kann
- 18 für viele Menschen Mobilität sichern und orientiert sich damit nahtlos an unseren Beschlüssen in Nürn-
- 19 berg. Zur Deckung der Mobilitätskosten reicht der derzeitige Regelsatz des Arbeitslosengeldes II bei
- 20 weitem nicht aus. Derzeit sind von 351 Euro ca. 21 Euro für Mobilität vorgesehen. (6 Prozent) Für viel
- 21 Bürgerinnen und Bürger sind öffentliche Mobilitätsangebote zur beruflichen Neuorientierung und zur
- 22 Teilnahme am beruflichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben notwendig.
- 23 Beispiel Dresden: Ab November 2008 kostet eine Monatskarte 46 Euro. (bisher: 44 Euro) Einkommens-
- 24 schwache Menschen, die für den Dresden-Pass anspruchsberechtigt sind, erhalten 8 Euro Zuschuss für
- 25 eine Monatskarte von der Landeshauptstadt Dresden und der DVB AG. Das Verfahren ist mit erhebli-
- 26 chem Verwaltungsaufwand verbunden. Jeder Dresden-Pass-Inhaber muss sich monatlich eine Wertmar-
- 27 ke in seinem zuständigen Ortsamt abholen und eine Vertriebsstelle der DVB AG aufsuchen, um diese
- 28 Wertmarke einzulösen. Die von mehreren Fraktionen, so auch der bündnisgrünen Stadtratfraktion, ge-
- 29 forderte Einführung eines Sozialtickets für 2009 wurde von der CDU-FDP-Linksfraktion.PDS-Koalition
- 30 abgelehnt.
- 31 In Brandenburg war das Volksbegehren „Für ein Sozialticket in Brandenburg“, welches auch von unse-
- 32 ren Parteifreundinnen und -freunden unterstützt wurde, in der Sache erfolgreich.